

Energie für alle



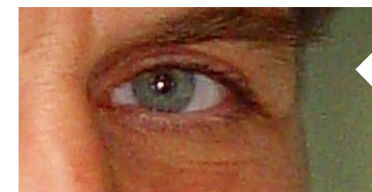
Die Energiewende ist beschlossen. Bis 2022 will Deutschland aus der Kernenergie aussteigen. Die Treibhausgasemissionen sollen bis 2050 um 80 Prozent reduziert werden. 60 Prozent des gesamten Energieverbrauchs soll bis 2050 aus erneuerbaren Energien stammen. Die Bevölkerung unterstützt diese Ziele grundsätzlich. Um die hohe Akzeptanz zu erhalten, muss die Politik die Bevölkerung auf dem Weg ins neue Energiezeitalter mitnehmen. Die Zauberwörter dazu lauten Kosteneffizienz und soziale Gerechtigkeit. „Für alle von allen“ muss die Devise der Energiewende sein. Dazu ist es nicht zuletzt notwendig, die Verbraucher stärker an den Entscheidungen zu beteiligen.

Zudem muss die Politik deutlich machen, dass die Veränderungen nicht nur Belastungen mit sich bringen, sondern auch Chancen eröffnen: Energieerzeugung wird dezentral und vielfältig, das begünstigt Effizienz, Innovationen und lokal angepasste Lösungen. Verbraucher können selbst zu Energieproduzenten werden oder die Produktionsweise mitbestimmen. Diesen Prozess zu gestalten, ist eine politische Aufgabe, der sich Bund, Länder und Kommunen stellen müssen. Das setzt Planungs- und Koordinationsformen voraus, die bislang weitgehend fehlen.

Am Ende ist die Energiewende ein Gemeinschaftswerk, das nur gelingen kann, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen. Wo die Herausforderungen liegen, erfahren Sie in dieser Ausgabe der vpk.

Gerd Billen

In dieser Ausgabe



Wenn alles mit allem zusammenhängt

Die Energiewende braucht ein schlüssiges Gesamtkonzept

Wichtige Stellschrauben der Energiewende sind Versorgungssicherheit, Netzausbau, Energieeffizienz und erneuerbare Energien, die eng miteinander verzahnt sind. Gelingt es beispielsweise nicht, wie geplant den Stromverbrauch bis 2020 um zehn Prozent zu senken, entsteht ein Bedarf an zehn bis elf neuen Großkraftwerken. Bislang fehlt ein strategisches Gesamtkonzept, das solche Zusammenhänge berücksichtigt.

Die Energiewende wird veränderte Strukturen der Energieerzeugung mit sich bringen, in die Bürger investieren sollen, sei es in Photovoltaik und Windkraft oder Kraft-Wärme-Koppelung (KWK).

Die Voraussetzung dafür ist Transparenz: „Verbraucher müssen relevante Daten einsehen können, etwa zum Zustand der Strom- und Gasnetze“, erklärt Frauke Rogalla, Energieexpertin im Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv). Ferner müssten die Vergütungssätze für erneuerbare Energie nachvollziehbar und die Netzentgelte transparent sein. Dafür ist nach Auffassung des vzbv eine unabhängige Marktwächterstelle erforderlich, die Verbraucherpreise beobachtet und bei problematischen Entwicklungen einschreitet.



Kostenfaktor Netzentgelte

Ein entscheidender Faktor für die Kosten der Energiewende sind die Netzentgelte. Sie fallen in den verschiedensten Bereichen ins Gewicht und wirken sich direkt auf die Verbraucherpreise aus: beim Netzanschluss und -ausbau ebenso wie beim Aufbau intelligenter und flexibler Strukturen, beim Ausbau der Speicherkapazitäten oder dem Ausbau der Elektromobilität. Die Höhe der Entgelte hängt wesentlich davon ab, wie teuer der Netzausbau wird. „Die Energiewirtschaft errechnet immer höhere Kosten, die am Ende der Verbraucher zahlen müsste. Doch belastbare Zahlen von unabhängiger Seite gibt es bislang nicht“, so Rogalla.

Gesucht: Verlässliche Planungsdaten

An welchen Stellen neue Stromtrassen nötig sind, hängt davon ab, wo der Strom produziert wird. Offshore-Windparks an der Nordsee machen Leitungen in den Süden erforderlich. Setzt die Politik auf Windanlagen in Baden-Württemberg oder Bayern, fällt der Bedarf geringer aus. Kosten lassen sich auch durch die Optimierung bestehender Netze begrenzen oder durch eine stärkere Nutzung von KWK-Anlagen und Speichern. Der vzbv fordert, die Infrastruktur nur dort auszubauen, wo dies unvermeidlich ist. Entscheiden lässt sich dies nur auf Grundlage verlässlicher Planungsdaten. „Die Politik ist hier in der Bringschuld“, meint Rogalla.

zur Grafik →

Energiekonzept der Bundesregierung 2010

Reduktions- und Ausbauziele bis 2050

bitte klicken ❖❖❖

Ein Ziel, viele Interessen

Bei der energetischen Sanierung gilt es, viele Belange zu berücksichtigen

Hausbesitzer und Mieter, Parlamentarier und Handwerker, Investoren und Architekten: Sie alle sind beteiligt, wenn es um die energetische Sanierung von Häusern geht. Was sie eint, ist das Ziel, den Energieverbrauch zu reduzieren. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) setzt sich dafür ein, dass dabei die Lebenssituationen und Interessen der privaten Hauseigentümer und Mieter berücksichtigt werden.

So verschieden die Einkommensverhältnisse von Hausbesitzern oder Mietern sind, so unterschiedlich kann auch das Potenzial zur Energieeinsparung von Gebäuden ausfallen. Für jedes Gebäude sollte das größtmögliche Einsparpotenzial ausgeschöpft werden – ohne dabei die Kosten aus dem Blick zu verlieren. Die lange Lebensdauer von Gebäuden erfordert einen besonderen Weitblick bei der Sanierung. „Helfen können dabei individuelle Sanierungsfahrpläne und regelmäßige Inspektionen der Gebäude“, sagt Hye-won Seo, Bauexpertin beim vzbv.

Gebäudesanierung erfordert große Investitionen

Für Gebäudebesitzer und Investoren ist die Investitionssicherheit zentral. Dazu braucht es konsistente Förderprogramme, die sich nach den Bedürfnissen der Hauseigentümer richten. Die energetische Gebäudesanierung erfordert immense Investitionen. Die Kosten können nicht alleine die Mieter und Privateigentümer aufbringen. „Wir müssen dringend politische Lösungen finden, gerade die unteren Einkommensgruppen zu entlasten“, fordert Seo.

Doch bei der Finanzierung hakt es gewaltig: Im Juli 2011 war das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung gescheitert, die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung einzuführen – der Bundesrat verweigerte die Zustimmung. Der vzbv fordert, dass auch die Länder ihren Beitrag dazu leisten.

Mehr Beratung für Hausbesitzer

Nicht nur den Hausbesitzern, sondern auch den Planern und ausführenden Handwerkern mangelt es an Kenntnissen und Kompetenzen. Das belegt eine Studie des Umweltbundesamts. Demnach besteht Bedarf an zusätzlicher Ausbildung und Qualifizierung einerseits, und mehr unabhängigen Beratungsangeboten für die Hausbesitzer andererseits. Nach der Sanierung ist es wichtig, dass die Eigentümer lernen, mit den neuen Anlagen richtig umzugehen. Dafür brauchen sie die notwendigen Informationen, damit die neue Technik möglichst lange eingesetzt werden kann.



Autolobby steht beim Klimaschutz auf der Bremse

Von strengeren Grenzwerten würden auch Verbraucher profitieren

Der Verkehr ist das Sorgenkind der Klimapolitik. In anderen Bereichen gelingt es zunehmend, Treibhausgase zu reduzieren. Anders bei den Verkehrsemissionen: Deutschland schafft es bestenfalls, diese auf hohem Niveau konstant zu halten. Weltweit wachsen sie ungebremst an. Die Politik scheut derzeit vor effektiven Maßnahmen zurück.

In ihrem Energiekonzept formuliert die Bundesregierung das Ziel, die Elektromobilität auszubauen. Bis 2030 will sie sechs Millionen Fahrzeuge auf die Straße bringen. Der klimaschützende Effekt dürfte überschaubar bleiben: Derzeit sind in Deutschland 42 Millionen Autos mit Verbrennungsmotor zugelassen, Tendenz steigend. Weiter setzt die Bundesregierung auf einen höheren Anteil von Biokraftstoffen. „Biosprit bringt dem Klima wenig, kann aber gravierende Nebenfolgen haben, etwa die Abholzung von Regen-



wäldern“, warnt Otmar Lell, Verkehrsexperte beim Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv).

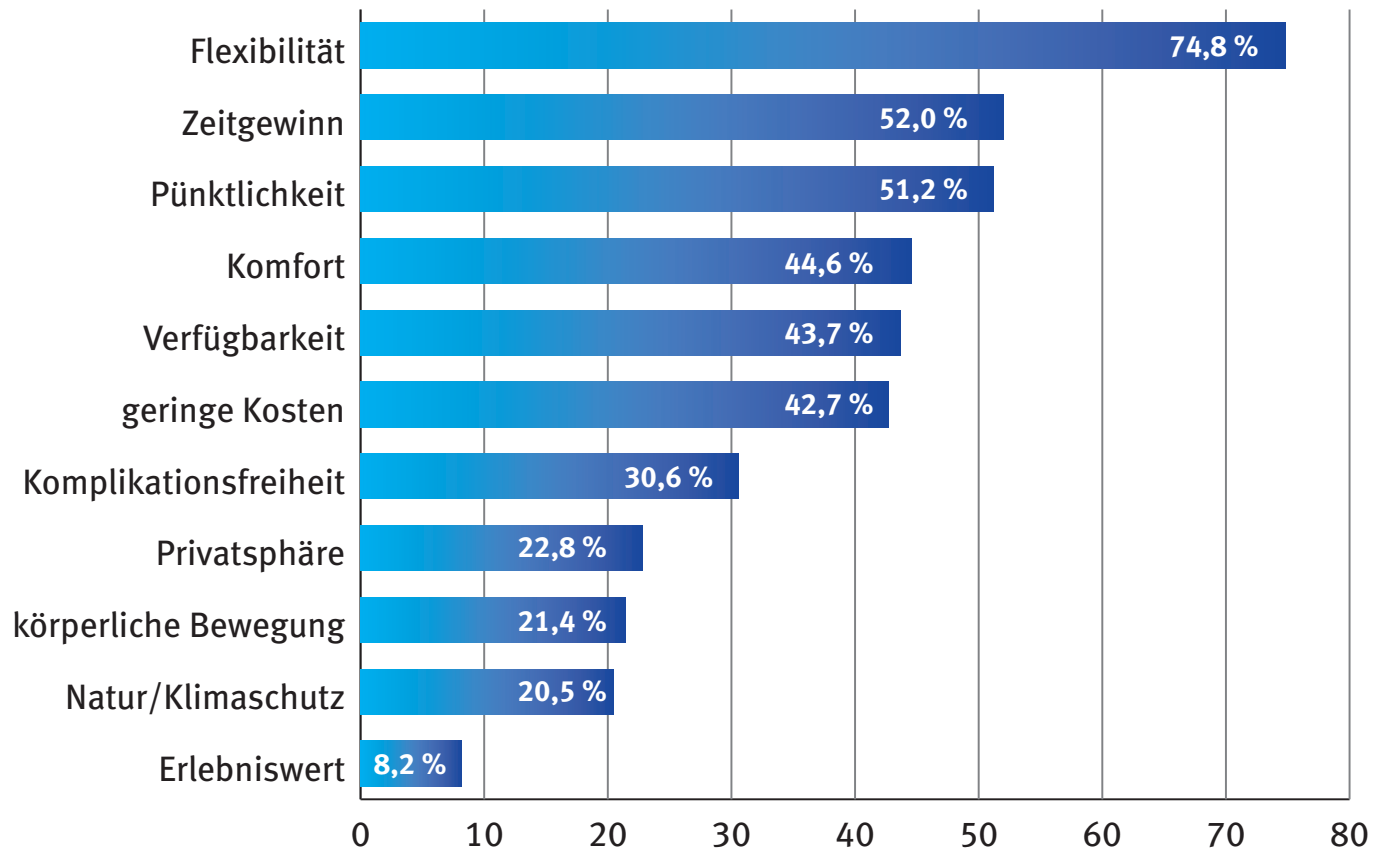
Automobilindustrie fürchtet ums Limousinen-Geschäft

Maßnahmen, die wirklich etwas bringen, stehen derzeit nicht auf der Agenda der Bundesregierung. Die deutsche Automobilindustrie hat es verstanden, anspruchsvolle CO₂-Emissionsgrenzwerte für PKW zu verhindern. Die Unternehmen befürchten, das lukrative Geschäft mit den Premiumfahrzeugen könnte einbrechen, weil schwere und leistungsstarke Autos teurer würden. Strengere Grenzwerte wären ein Anreiz, spritsparende Autos zu bauen. Dies würde auch den Geldbeutel der Verbraucher schonen.

Bus und Bahn müssen attraktiver werden

Wegen der Ölnapppheit dürften die Spritpreise weiter steigen, Alternativen zum motorisierten Individualverkehr werden somit immer wichtiger. Insbesondere bei großstädtisch geprägten jungen Leuten hat der öffentliche Verkehr eine Perspektive – allerdings nur, wenn er flexibel ist und sich mit Fahrrad und Auto problemlos kombinieren lässt. Neben Investitionen in die Infrastruktur braucht es aus Sicht des vzbv gezielte Maßnahmen für mehr Kundentreue. „Tarife und Fahrscheine sollten deutschlandweit einheitlich sein“, so Lell. Zudem sei die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs daran zu koppeln, welche Leistungen die Verkehrsbetriebe anbieten.

Kriterien für die Verkehrsmittelwahl



N = 2.600 (Mehrfachnennungen möglich)

Quelle: VCD-Bahntest 2009

Ziele statt Zahlen

Kommentar von Holger Krawinkel, Leiter des Fachbereichs Bauen, Energie, Umwelt im vzbv

Die Kosten für Ökostrom steigen im kommenden Jahr nur minimal an. 2012 sind pro Kilowattstunde Strom 3,59 Cent fällig, nur 0,06 Cent mehr als dieses Jahr. Das ist eine halbwegs gute Nachricht. Am Reformbedarf des Erneuerbaren Energie Gesetzes (EEG) ändert sie nichts. Die politische Festlegung der Vergütungssätze muss ein Ende haben.

Die Schwäche des EEG ist nicht dessen Marktferne. Grundsätzlich stellt das Prinzip einer kostendeckenden Vergütung eine effiziente Regulierungsform dar. Vor der Liberalisierung der Strommärkte galt dieses Modell auch für die konventionelle Stromerzeugung und führte zu deutlich niedrigeren Strompreisen. Die Schweiz hat den Strommarkt für private Verbraucher bislang nicht geöffnet, sondern nur für Unternehmen. Von denen entscheiden sich jedoch 97 Prozent für den regulierten Tarif. Der Marktpreis ist offenbar nur für eine Minderheit interessant. Dieser wird wie in Deutschland nach den sogenannten Grenzkosten ermittelt. Dieses Prinzip hat nach der Marktöffnung zu einer massiven Umverteilung zu Gunsten der Energiekonzerne und zu Lasten der industriellen und privaten Verbraucher geführt. Die Erneuerbaren einem solchen Markt zu unterwerfen würde zu ähnlichen Verteilungseffekten führen.

Negativbeispiel Solarförderung

Der Kardinalfehler des EEG liegt in der politischen Festlegung der Vergütungssätze, die es gut organisierten Lobbyisten zu leicht macht, mehr als nur kostendeckende Tarife durchzusetzen. Die

Zahler der EEG-Umlage sind bei den Verhandlungen unterrepräsentiert, wenn nicht völlig ausgeschlossen. Das Ergebnis lässt sich an der Solarförderung studieren, die jetzt bei einem Anteil von nur drei Prozent an der Stromerzeugung für etwa die Hälfte der Umlage von rund 14 Milliarden Euro jährlich verantwortlich ist. Für einen Zwei-Personen-Haushalt mit 3.000 Kilowattstunden Verbrauch pro Jahr macht das einschließlich Mehrwertsteuer rund 128 Euro aus.

Ausbauziele festlegen

Künftig sollte eine neutrale Behörde festlegen, wie hoch die einzelnen Vergütungen für Strom aus Wind-, Wasser- oder Sonnenenergie ausfallen. Sie hätte sich dabei an konkreten Ausbauzielen und Effizienzmaßstäben zu orientieren, die ihrerseits zwischen Bund und Ländern ausgehandelt und am Ende politisch entschieden werden müssten. Je mehr kostengünstiger Windstrom in den südlichen Bundesländern erzeugt wird, umso geringer kann der deutlich teurere Ausbau von Seewindanlagen ausfallen. Bei Nutzung von zwei Prozent der Landfläche könnte man etwa zwei Drittel des deutschen Stromverbrauchs durch Windenergie decken. Es wird die Aufgabe der Länder sein, die notwendigen Flächen zur Verfügung zu stellen.

Ohne Konflikte werden solche Entscheidungen nicht zu treffen sein. Doch es würde in erster Linie darüber gestritten, wo die Reise hingehen soll – und nicht, was sich mit ihr verdienen lässt.



Termine

„Umdenken gegenlenken – Verbraucher und Beschäftigte am Finanzmarkt schützen“

**11.11.2011 von 10.00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr
im DGB-Bezirk NRW,**

Friedrich-Ebert-Straße 34–38, 40210 Düsseldorf

Das Fachgespräch dient dem Austausch über geeignete Instrumente, um den Verbraucher- und Beschäftigtenschutz im Finanzmarkt zu stärken. Diskutiert werden unter anderem die Initiative Finanzmarktwächter der Verbraucherzentralen sowie Probleme durch den Verkaufs- und Provisionsdruck. Mit Beiträgen von DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki, NRW-Verbraucherschutzminister Johannes Rimmel und Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentrale NRW.

Veranstalter: Verbraucherzentrale NRW, DGB

Viel hilft viel? Verbraucherinformation auf dem Prüfstand

29.11.2011 ab 17.30 Uhr

**im Hotel Aquino Tagungszentrum,
Hannoversche Straße 5b, 10117 Berlin**

Verbraucher sind in den verschiedensten Lebensbereichen einer zunehmenden Flut von Informationen ausgesetzt. Von der Nährwertkennzeichnung auf Lebensmitteln bis zum Produktinformationsblatt für Finanzprodukten. Doch sind diese Informationen Entscheidungshilfen für den Verbraucher oder laufen sie ins Leere? Bei der Veranstaltung möchte der vzbv Kriterien für gute Verbraucherinformationen vorstellen und diskutieren.

Veranstalter: vzbv

„Rio+20 – Nachhaltig vor Ort!“ und Fünfter Netzwerk21Kongress

07.–09.12.2011

**im Hannover Congress Centrum (HCC),
Theodor-Heuss-Platz 1–3, 30175 Hannover**

Der Kongress diskutiert Ergebnisse und Perspektiven lokaler Nachhaltigkeitsstrategien. 23 überregionale Organisationen erarbeiten eine Erklärung. Sie wird in die Vorbereitung für den UN-Gipfel 2012 eingebracht, der 20 Jahre nach dem ersten UN-Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung wieder in Rio de Janeiro tagt. Beiträge leisten unter anderem der ehemalige UNEP-Generalsekretär und Bundesumweltminister Klaus Töpfer, Katrin Göring-Eckardt, Vizepräsidentin des Bundestages und Gerd Billen, Vorstand des vzbv (www.rioplus20kongress.de).

Veranstalter: Bündnis aus 23 Organisationen (darunter der vzbv)

„Heizung und Warmwasser“
12. Auflage 2009; 160 Seiten

Welches Heizsystem ist optimal für ein Haus? Soll mit Erdöl, Holz oder Sonne geheizt werden? Der 160 Seiten starke Ratgeber „Heizung und Warmwasser“ der Verbraucherzentralen bietet hierzu hilfreiche Informationen.

Preis: 9,90 Euro
Zu bestellen hier: [www.vzbv.de/
ratgeber/Heizung_Warmwasser](http://www.vzbv.de/ratgeber/Heizung_Warmwasser)

Impressum

Die „vpk – verbraucher. politik. kompakt.“ erscheint jeden ersten Dienstag im Monat und informiert über die Arbeit des vzbv und seiner Mitgliedsverbände. Die vpk befasst sich dabei immer mit einem Schwerpunktthema. Zudem informiert sie über aktuelle Nachrichten zur nationalen und internationalen Verbraucherpolitik.

Herausgeber

Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv)
Markgrafenstraße 66 · 10969 Berlin
Tel. (030) 258 00-0 · Fax (030) 258 00-218
info@vzbv.de · www.vzbv.de

verantwortlich für den Inhalt

Gerd Billen

Redaktion

Chefredaktion: Christian Fronczak
Chef vom Dienst: Steffen Kießner
Ileana von Puttkamer, Vikki Schaefer, Simone Wander,
Frederik Leven

Mitarbeit

Frank Dersch, Otmar Lell, Frauke Rogalla

Gestaltung und Umsetzung

da vinci design GmbH, Berlin
Albrechtstraße 13 · 10117 Berlin · www.davinci.de

Fotos

Rainer Sturm

Newsletter abonnieren

Sie können den monatlichen Newsletter der vpk kostenlos abonnieren. Hierzu tragen Sie sich bitte auf unserer Webseite www.vzbv.de unter der Rubrik Newsletter ein oder schicken uns eine E-Mail an presse@vzbv.de.